



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußen und Schleswig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußen und Schleswig-Holstein.

Seit der ersten Nachricht vom Tode des Dänenkönigs und seit der ersten Proclamation des neuen Herzogs von Schleswig-Holstein ist in bewegten Wochen den Deutschen die Empfindung gekommen, daß plötzlich und fast Jedermann unerwartet eine Frage erhoben sei, von deren Lösung unser Aller Wohl und Wehe abhängt. Sie ist der bewegende Punkt, welcher eine Umgestaltung der Dinge in Preußen, eine Reform des deutschen Bundes, Veränderungen in der Stellung der deutschen Staaten zum Auslande fast unvermeidlich herbeiführen wird. Wenn besorgte Deutsche in dem letzten Jahre prophezeiten, daß nur durch eine äußere Verwicklung das Ungefunde der einheimischen Verhältnisse gebessert werden könnte, und wenn sie am politischen Horizont die Wetterwolke suchten, welche von West oder Ost heraufsteigend, ihre Schläge gegen das heimische Unhaltbare richten sollte, so haben diese Besorgten nicht mehr nöthig zu suchen. Das Wetter ist herausgezogen vom deutschen Norden her, und der erste Donner rollt dumpf durch das deutsche Land. Aber ein gnädiges Geschick hat gewollt, daß der beginnende Sturm uns nicht durch fremde Interessen heraufgeführt wird, es ist eine theure nationale Sache, durch ruhmvolle, schmerzliche und peinliche Erinnerungen tief in die Seelen der Deutschen gedrückt, und es ist eine alte und große Forderung der Nation, welche politische Leidenschaft hervorruft und zur Thätigkeit zwingt. Und dieses Ereigniß wird auch den deutschen Fürsten und Regierungen eine gute Probe für das Maß von Rechtsgefühl, Patriotismus und Ehre, welche sie ihrer Nation zu beweisen wissen. Unruhig wogte durch drei Wochen die Stimmung des Volkes zwischen Hoffnung und Sorge, Erfolge und Rückschläge wechselten, im Ganzen hat die Sache der Herzogthümer bis jetzt etwa die Wandlungen durchgemacht, welche sich nach unseren Verhältnissen erwarten ließen. Die Holsteiner selbst haben sich wieder als das bewährt, was sie in alten und neuen

Kämpfen den Landsleuten werth gemacht hat, als ein wackerer, kernfester Stamm. Von den deutschen Regierungen haben die meisten kleineren und einige Mittelstaaten festen Willen oder vorsichtige Meinung gezeigt, ihre Pflicht gegen deutsche Stämme zu thun, einige fremde Großmächte haben ihre Abneigung vorsichtig zu erkennen gegeben — Oestreich hat in der Hauptsache dieselbe Position genommen, die es im Jahre 1848 zu derselben Frage hatte. Nur was jetzt in Preußen geschieht, ist so jammervoll und übertrifft so sehr Alles, was man selbst von der gegenwärtigen Regierung für möglich hielt, daß von dieser Seite etwas Unerhörtes und ganz Irrationelles in die deutsche Rechnung hereingetragen worden ist.

Wenn man die Haltung der fremden Großmächte mustert, so ist sie nicht ungünstiger, als man voraussetzen durfte. Rußland, froh, daß die allgemeine Aufmerksamkeit von dem polnischen Kampfe abgelenkt wird, durch Successions- und politische Interessen der dänischen Auffassung zugethan, hat bis jetzt eine vorsichtige und abwartende Zurückhaltung nicht aufgegeben. Es hat bei der Thronbesteigung des neuen Königs von Dänemark gegen die verhängnißvolle Publication des Incorporationsgesetzes durch das Ministerium Hall, wie verlautet, gewarnt, und besonnene Männer der dänischen Partei selbst bedauern, daß diese Warnung zu spät kam, um die Maßregel vielleicht in der letzten Stunde zu verhindern. Diese Mißbilligung durch Rußland ist selbstverständlich nur aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß dieser flagrante Vertragsbruch durch die Dänen den deutschen Forderungen eine neue Basis gebe, welche für Dänemark gegenüber den Großmächten ungünstig sei. Und man darf annehmen, daß es gerade jetzt eifrig thätig ist, Dänemark zur Nachgiebigkeit gegen die alten Forderungen des Bundes zu bewegen, um die Execution zu verhindern. England, wo, wie man erzählt, die Ansichten des königlichen Hauses und der Regierung in dieser Frage nicht übereinstimmen, hat ebenfalls in Kopenhagen vor der Incorporation gewarnt und wendet jetzt seine alte politische Praxis an, zu scheuchen, um die aufsteigende Bewegung durch Pression auf beide Theile herabzudrücken, um einen neuen europäischen Conflict zu verhindern. Die Auffassung dort im Lande ist den Deutschen nicht günstig. Wir wissen aber, daß die Achtung, welche England vor jedem kräftigen Ausdruck des Volkswillens hat, und die Rücksicht auf den eigenen Vortheil das englische Ministerium verhindern werden, etwas Anderes zu thun, als gegen unser gutes Recht zu demonstrieren.

Besonders reservirt ist die Haltung, welche Kaiser Napoleon bis jetzt beobachtet hat. Und sie scheint keineswegs der Sache der Herzogthümer ab-

geneigt. In der That ist dies Interesse von der Art, daß dasselbe der Persönlichkeit des Kaisers in günstigem Lichte erscheinen kann. Er hat Scheu, vielleicht auch Sympathien mit jeder nationalen Forderung, welche eine respectable Größe gewinnt. Er traut den Deutschen allerdings zu, daß die Sache der Herzogthümer ihnen eine Herzensangelegenheit sei, und wie er auch Politik und Kraft der deutschen Regierungen beurtheilen mag, die Erfahrungen seines eigenen Hauses haben ihm die Ansicht gegeben, daß in den Deutschen ein gewisses Festes sei, welches ein weiser Mann gegen sich herauszufordern vermeiden müsse. Wahrscheinlich stimmen auch seine politischen Organisationsideen für Europa vollständig zu einer günstigen Beurtheilung unserer Forderung. Die kleinen und ein Theil der Mittelstaaten, das westliche Drittel Deutschlands, in einer populären und nationalen Sache gegen die beiden deutschen Großmächte, entrüstet, das ist für Frankreich eine sehr günstige Situation, um alte Antipathien niederzuschlagen und einen Einfluß zu gewinnen, der ohne die Form des Rheinbundes etwas von dem Wesen desselben hätte. Endlich ist von seiner Staatsklugheit zu erwarten, daß er die Zustände in Dänemark unbefangen würdigt. Die kleinen skandinavischen Staaten sind nach seiner idealen Construction Europas in ihrem gegenwärtigen Bestande werthlos. Schweden menschenarm und schwach, Dänemark als selbständiger Staat auf die Länge unhaltbar. Dort als Vormauer Rußlands eine Macht zweiten Ranges zu schaffen, wie Italien gegen Oestreich, wäre eine gute Sache, und eine neue Dynastie, welche in Deutschland durch die Befreiung der Herzogthümer etabliert würde, würde schwerlich die Einheit Deutschlands in solcher Weise fördern, daß Frankreich etwas davon zu fürchten hätte. So darf man wohl die stillen Ansichten des Kaisers formuliren, ohne im Wesentlichen zu irren. Wie er sich ausspricht, wird zunächst von den Schwankungen abhängen, welche seine Stellung zu den übrigen Großmächten durchmacht, dann aber, und nicht zuletzt von der Energie, welche das deutsche Volk in diesem Falle zeigt.

In Dänemark selbst ist auf das erste wilde Geräusch Mißbehagen und Bewußtsein der gefährlichen Lage gefolgt, in die man sich gebracht hat. Wenn einsichtsvolle Dänen bereits vor einer Woche die Politik des Ministeriums Hall für verderblich erklärten, so wurde man doch bis jetzt aus Scheu vor der Bevölkerung Kopenhagens an einer Modification des Verfahrens gegen die Herzogthümer verhindert. Man fürchtete fast, daß der König von dem Volke in Kopenhagen verjagt werden würde, wenn er seine so zögernd gegebene Unterschrift zurücknahme, daß jedenfalls das Ministerium sich nach einer Rücknahme der Publication nicht halten könnte, und daß es nach diesem Ministe-

rium für Dänemark kein andres gibt. Man hat dort die Massen so lange fanatisirt, daß jetzt, wenn das Ministerium sich nicht behauptet, keine Schranke mehr ist gegen eine Pöbel-Revolution, der voraussichtlich ein verzweifelter Anschluß des dynastielosen Staates an Schweden folgen würde. Ein Fall, den auch wir Deutsche für ein Glück nicht nur der Herzogthümer, auch Europas erachten müssen. Dennoch ist nicht unmöglich, daß Dänemark durch Furcht vor den Folgen der Execution und durch das Drängen der befreundeten Regierungen bewogen werde, noch in der letzten Stunde einige Concessionen zu machen, welche die Execution verhindern, oder doch zu einer schnell vorübergehenden Bändigungsmaßregel gegen die Herzogthümer machen.

In Deutschland aber haben sich die Verhältnisse so seltsam gestaltet, daß mit den Staaten, welche den neuen Herzog von Schleswig-Holstein offen anerkannt haben, jetzt Sachsen, Württemberg, Darmstadt, Nassau in vorsichtiger Zurückhaltung der Sache der Herzogthümer geneigt scheinen, Bayern aber sich anschickt, Vorkämpfer der nationalen Auffassung zu werden*). Im Bunde selbst ist das Schisma entschieden, die beiden Großmächte haben ihre Abneigung erklärt, sich in dieser Frage majorisiren zu lassen.

Die Stellung Oesterreichs ist einfach und klar. Es bedurfte für uns keines Beweises, welche Tendenz die Reformbestrebungen des vergangenen Sommers hatten. Jetzt ist die ganze Hohlheit dieses Anlaufs vor Jedermanns Augen bloß gelegt. Daß die Herzogthümer unter einem selbständigen Fürsten zuletzt doch der natürliche Verbündete Preußens sein würden und daß Oesterreich eine solche Machtvermehrung Preußens nicht zugeben dürfe, ist das Axiom der Politik des Herrn v. Rechberg, welches sich mit der Naivetät geltend macht, womit solche dynastische Interessen etwa zur Zeit des wiener Congresses behandelt wurden. Wenn Herr v. Rechberg auf eine Interpellation des Reichstages gar die Treuerzigkeit hat zu versichern, daß eine Bundesexecution in Holstein keineswegs die Anerkennung der Successionsrechte des jetzigen Königs von Dänemark involvire, so ist dergleichen Phrase allerdings vielleicht genügend, um die Opposition im Reichsrath zum Schweigen zu bringen; wenn dieselbe Phrase aber auch dem unseligen Executionsbeschluß des Bundes angehängt wurde, so dürfen wir versichern, daß sie den Deutschen keine hohe Meinung, entweder von

*) Nach der officiösen „Bayerischen Zeitung“ wäre dies leider nicht der Fall, sondern Bayern nähme zu der Frage ungefähr die Stellung ein wie Sachsen und Württemberg.

D. Red.

dem Urtheil oder von der Wahrhaftigkeit der Regierungen gibt, welche durchgesetzt haben, daß man gegen den König von Dänemark Herzog von Holstein erequirt, um ihn zu einigen Concessionen gegen dies Land zu vermögen, und daß man zu gleicher Zeit sich vorbehält, ihn, nachdem man mit ihm über diese Concessionen verhandelt hat, später für einen Usurpator zu erklären. Wenn es irgend etwas Vernunftwidriges und Unehrlisches gibt, so ist es ein solches Verfahren. — Bei alledem ist Oestreich weit abhängiger von der öffentlichen Meinung, als die Leiter der wiener Politik zugeben möchten, man ist dort beifallsbedürftig geworden, und sobald die Bewegung in Deutschland selbst Sorge einflößt, ist eine plötzliche Schwenkung, welche es an populärer Auffassung Preußen zuvorthun möchte, gar nicht unmöglich. Wo nicht, so wird diese Frage beitragen, die Deutschen für alle Zeit mit der Regierung des Kaiserstaates auseinanderzusetzen.

Ganz anders steht die Politik des Herrn v. Bismarck. Man sagt, daß König Wilhelm persönlich für eine Lebensfrage des preussischen Staats nicht ohne Gefühl und der Sache der Herzogthümer nicht abgeneigt sei, aber dies ist vorläufig gleichgiltig. Denn Herr v. Bismarck ist noch Vorsitzender seines Ministeriums. Wahrlich, wenn man einst in der Geschichte lesen wird, daß ein preussischer Minister mit dreister Stirn eine Politik verfolgt hat, welche die Erhaltung Dänemarks wichtiger erachtet, als die Vergrößerung des preussischen Einflusses durch ein, zwei stattliche Landschaften, man wird ein solches Nichtachten der höchsten Interessen des eigenen Staates, Verachten der leidenschaftlichsten Wünsche in Preußen und Deutschland, Verböhnen der verpfändeten Ehre des preussischen Heeres als eine monströse Verirrung betrachten, deren letzte Ursachen für gemeinen Menschenverstand und ein redliches Gemüth ganz unfassbar sind. Den Preußen aber muß man immer wieder zurufen: Was sind das für Zustände, die ihr zu ertragen habt, wie ist es möglich, daß dergleichen bei euch eine Dauer haben kann! Für das Wort Friedrich Wilhelm des Vierten: „Die Herzogthümer sind untheilbar und sie sind im Mannsstamm erblich“, ist preussisches Blut vergossen; in der schlechtesten Zeit einer schmachvollen, elenden, unpreussischen Politik hat man wenigstens den äußern Schein bewahren wollen, der Sache Schleswig-Holsteins zu dienen, und jetzt, wo die ganze Frage so günstig geändert ist, daß Conservative und Liberale, Legitimität und Volksrecht in seltener und höchst günstiger Weise zusammenstimmen, jetzt wagte ein preussischer Minister kaum mehr geheim, nein öffentlich für die Interessen des alten erbitterten Feindes von Preußen Partei zu ergreifen, gegen das Staatsinteresse, gegen die Stimmen des Volkes und seiner Vertreter, gegen die Forderung der Sol-

datenehre. Und aus welchem Grunde? Und um welchen Preis? — Wir wissen es nicht.

Die Sache der Herzogthümer aber hat zwei Verbündete, welche jetzt ihre Kraft zu bewähren haben. Das eine ist der entschiedene Wille des deutschen Volkes, das andere der entschiedene Wille des deutschen Fürsten, welcher seinen Namen mit der Sache der Herzogthümer durch ein feierliches Gelöbniß verbunden hat. Beide haben jetzt die Aufgabe, ihre Tüchtigkeit zu bewähren. Denn wie viel auch Intriguen, böser Wille und Laubheit zu hindern und zu stören vermögen, die Sache steht einfach so: wenn die Deutschen ihre Pflicht thun, und wenn der Herzog von Schleswig-Holstein seine Pflicht thut, das heißt, wenn er sich ganz, voll, mit festem Entschluß bis aufs Aeußerste für seine Sache wagt, so wird die engherzige Klugheit der Gegner, kleinliche Aengstlichkeit und schwächliche Bosheit völlig zu Schanden werden. Muth und dauerhafter Entschluß sind hier, wenn jemals, Bürgen des Sieges.

Der Sieg ist fern. Diese deutsche Ehrensache wird noch viele Phasen durchmachen, mehr als einmal mögen Kleinmüthige verzweifeln, Hoffnungsvolle triumphiren, sie wird nicht entschieden werden durch diese Execution oder ihre Rücknahme, nicht durch einen vielleicht nahen Vertrag der Großmächte, nicht durch die dänensfreundliche Politik der österreichischen und preussischen Minister, welche jetzt auf die deutsche Geduld zu viel vertrauen. Dies ist eine schwere und verhängnißvolle Sache, welche viele Kampfplätze haben wird, nicht nur an der Eider und Königsau, auch in den Städten und Königsschlössern des deutschen Landes. Und wer als ein kaltblütiger und gemäßigter Mann den Streit und seine Wirkungen auf die Nation beobachtet, der darf allerdings der Ansicht sein, daß diese Angelegenheit zuletzt für uns entschieden wird. Wenn nicht durch das Ehrgefühl und Rechtsgefühl der deutschen Souveraine, dann langsam später, nach harten Stößen, nach Schmach und Schande, durch eine andere Gewalt, deren Ehrgefühl und Rechtsgefühl mit Füßen zu treten keine gefahrlose Arbeit ist.